

## Fadegrad

Überbetreuung  
im Bildungswesen

VON  
NINA FEHR DÜSEL

In unserem Bildungs- und Betreuungswesen kann man schon länger eine Tendenz zur «Überbetreuung» feststellen. Jeder Schüler ist hochbegabt oder braucht individuellen Förder- oder Unterstützungs-Unterricht, die Klassengrößen und die Anzahl an teuren Reformen im Schul- und Bildungswesen klaffen ebenfalls aus den Nähten. Dies, obwohl finanziell in den meisten Städten und Regionen defizitäre Verhältnisse herrschen. Die Städte Winterthur und Zürich sind leider nur zwei Beispiele.

Wir fordern weniger Verstaatlichung in den Schulen und wieder vermehrt den Austausch mit dem Gewerbe. Es ist auch stark zu bezweifeln, dass durch ein staatlich verordnetes Portfolio von «ausserschulischen Leistungen zugunsten der Schülerinnen und Schüler» die Chancen für eine spätere Lehrstelle höher liegen. Die SVP fördert junge, engagierte Menschen, damit diese in Vereinen aktiv sind, sei dies durch eigene sportliche Leistungen, Mitarbeit in einem Vorstand, einem Betrieb oder durch das Leiten von Jugendgruppen. Hier wird nicht nur die Eigenverantwortung, sondern auch die Fähigkeit zu ausserschulischen Leistungen und persönliches Engagement geschult.

Was die Arbeitswelt betrifft, wird der SVP oft vorgeworfen, wir würden den nötigen Zuwachs von internationalen Fachkräften nun auch durch die Masseneinwanderungsinitiative verhindern. Nebst dem Szenario, dass dadurch unser Verkehrssystem noch mehr aus allen Nähten platzt, Mietpreise von Wohnungen ansteigen und Kriminalität, insbesondere Einbruchdiebstähle, zunehmen, ist hier zu erwähnen, dass durch die Zuwanderung auch viele Sozialhilfeempfänger und schlecht ausgebildete Personen in die Schweiz kommen. Auch hinsichtlich des Mangels an Fachpersonen gilt: anstelle des Know-how im Ausland einzukaufen und uns noch abhängiger vom Ausland zu machen, wäre es sinnvoller, dieses Wissen in der Schweiz wieder aufzubauen bzw. auszubauen.

Wie die Zahlen belegen, benötigen wir beispielsweise definitiv mehr Ingenieure und Ingenieurinnen, welche die Herausforderungen der Zukunft für die Schweiz und auch international aufnehmen.

Hier gilt es meines Ermessens, nur bei einem klaren Mangel auf ausländische Fachkräfte zuzugreifen, nicht jedoch, wenn qualifizierte Fachkräfte aus der Schweiz zur Verfügung stehen. Hier müssen wir bereits bei der Ausbildung im Untergymnasium im Bereich der Naturwissenschaften ansetzen.

Wir sehen: Die Herausforderungen im Bildungsbereich sind enorm und genau hier setzt die SVP an, damit der Bildungs- und Betreuungsbereich nicht aus dem Ruder läuft. Halten wir an unserer bewährten hochqualifizierten dualen Bildungssystem fest und richten wir die Ausbildungen auch wieder vermehrt auf die Arbeitswelt aus.

## MEHR POLIZEIPRÄSENZ IN DEN QUARTIEREN GEFORDERT

## Sicherheit: Bevölkerung wird nicht ernst genommen

Es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht irgendwo in unserer Stadt ein Gewaltdelikt verübt wird. Jeweils an den Wochenenden sind es meist mehrere an einem Tag. Leider liest man darüber in den Zeitungen kaum mehr etwas. Die Gewaltdelikte gehören offenbar zur Selbstverständlichkeit.



GEMEINDERAT  
MAURO TUENA  
FRAKTIONSCHIEF SVP  
ZÜRICH 4/5

Die Sicherheit und das jeweilige Sicherheitsempfinden unserer Mitmenschen ist das oberste Ziel der SVP. Jeder Mann und jede Frau soll sich in unserer Stadt zu jeder Zeit und an jedem Ort, ohne Angst haben zu müssen, aufhalten können.

Wenn ich auf einem Podium an einer Kantonschule eine Jugendliche höre, die mir sagt, sie habe Angst, nach Zürich in den Ausgang zu gehen, dann läuten bei mir alle Alarmglocken. Oder wenn mir eine ältere Mitbürgerin anlässlich einer Podiumsveranstaltung in einem Ausenquartier sagt, sie komme nicht mehr an eine solche Veranstaltung, weil sie auf dem Weg hierher Angst habe, dann erschreckt mich das.

Oder wenn mir Gewerbetreibende mitteilen, dass sie vor jeder Demonstration Angst haben, dass ihr Laden zusammengeschlagen und demoliert wird, dann trifft mich das zutiefst.

Schutz des Eigentums ist dem  
Stadtrat nichts mehr wert

Gerade Gewerbetreibende haben beim Stadtrat bezüglich der gewaltbereiten Demonstrationen und Häuserbesetzungen interveniert. Doch dieser teilt immer noch mit, dass er Hausbesetzungen toleriere. Die Konsequenzen dieser Politik sind klar: Zerstörung von privatem und öffentlichem Eigentum wird so tatenslos zugesehen. Als jüngstes Beispiel kann hier sicherlich die «sogenannt friedliche» Räumung des besetzten Binz-Areals erwähnt werden, die alleine Sachschäden in Höhe von 100 000 Franken nach sich zog.

Wer die Kriminalstatistik des Kantons Zürich genau anschaut, stellt fest, dass bei Delikten gegen Leib und Leben der Ausländeranteil überproportional hoch ist. Also genau bei den Delikten, welche sich an den Wochenenden auf unseren Strassen abspielen: Prügeleien, Messerstechereien usw. Über die Hälfte solcher Verbrechen werden von Ausländern ausgeübt. Der

Anteil der Personen, welche einen sogenannten Migrationshintergrund aufweisen, also zum Beispiel Eingebürgerte, ist nochmals exponentiell hoch. Doch auch dieses Faktum interessiert den Stadtrat von Zürich nicht. In Gesprächen oder Antworten auf SVP-Anfragen im Gemeinderat werden die Tatsachen verdreht und heruntergespielt. Die SVP nimmt die Sorgen und Ängste der Bevölkerung ernst. In unzähligen Vorstössen forderten wir den Stadtrat auf, mit seiner Politik des Duldens und des Zusehens bei Demonstrationen und Häuserbesetzungen aufzuhören. Doch der rot-grüne Stadtrat fährt weiter seine verheerende Politik.

Mehr Sicherheit in den  
Quartieren

In weiteren Vorstössen forderten SVP-Gemeinderäte die Wiedereröffnung von Quartierpolizeiwachen. Dies wird von der in den Ausenquartieren ansässigen Bevölkerung schon seit längerer Zeit gefordert. Offene und besetzte Quartierpolizeiwachen erhöhen die Sicherheit in den Quartieren. Doch auch das will der links-grüne Stadtrat nicht.

Ebenfalls mit mehreren Vorstössen forderte die SVP-Fraktion im Gemeinderat die Aufstockung des Polizeikorps. Zusätzliche uniformierte, sichtbare Polizisten werden sowohl in den Ausenquartieren wie auch in den

Brennpunktquartieren der Kreise 1, 4 und 5 dringend benötigt. Hierfür ist die SVP bereit, entsprechende Budgetposten zu sprechen und zu bewilligen.

Sie sehen, es ist dringend nötig, dass nach den Wahlen mehr SVP-Vertreter im heute mehrheitlich rot-grünen Gemeinderat Einsitz nehmen. Zudem müssten die Top-5-Stadtratskandidaten, allen voran unsere eigenen, Nina Fehr Düsel und Roland Schreck, ins Regierungsgremium einziehen. Nur so ist gewährleistet, dass Zürich in Zukunft wieder sicherer wird und sich alle Mitbürgerinnen und Mitbürger auch wieder sicherer fühlen.

## SVP HÖNGG/WIPKINGEN

## SVP 10 will Sitz gewinnen

Die SVP Höngg/Wipkingen präsentierte an einer Veranstaltung im Restaurant Limmatberg die Stadtratskandidaten und ihre Ideen zur bürgerlichen Politik für die Quartiere.



Die Stadtratskandidaten der SVP, Nina Fehr Düsel und Roland Schreck, stellten sich dem Publikum vor und fassten in einem kurzen Referat ihre Ansichten zu relevanten Themen zusammen. Roland Schreck sprach zur Finanzlage der Stadt. Im nächsten Budget ist wieder ein Defizit von 230

Millionen Franken budgetiert. Das ist viel zu viel. Auch in guten Jahren in der Vergangenheit konnte die Stadt keine Reserven bilden. Der Grund ist kamdis Roland Schreck das überbordende Ausgabeverhalten des Stadtrats und des Gemeinderats. Allen Sonderswünschen wird entsprochen. Wer die

se Schuldenlast dereinst abtragen soll, ist nicht klar.

Nina Fehr Düsel sprach zum Thema Sicherheit. Als ausgebildete Juristin mit jahrelanger Erfahrung in der Privatwirtschaft erläuterte sie die Ursachen und Gründe für die zunehmende Kriminalität und das Gefühl der steigenden Unsicherheit der Bevölkerung in den Quartieren. Teils sind es nationale Fragen wie die überbordende Zuwanderung, teils sind es städtische Ursachen wie mangelnder Führungswille zur Durchsetzung der Sicherheit. Als Beispiele brachte Nina Fehr Düsel Fakten: Die städtische Politik duldet ausdrücklich Häuserbesetzungen. Weiter sieht man Randalen viel zu lange zu, bevor man Gewalt auf der Strasse unterbindet.

Wichtig ist für Nina Fehr Düsel auch eine sichtbare Polizeipräsenz in den Quartieren. Gerade in Ausenquartieren wie im Rütihof oder beim Frankental ist konsequente Polizeipräsenz wichtig. Ebenso muss der Polizeiposten in Höngg ganztags geöffnet bleiben, auch im Sommer.

Weiter stellte die SVP 10 ihre Gemeinderatskandidatinnen und -kandidaten vor. Ziel der SVP 10 ist ein zusätzlicher Sitzgewinn. Mit Christoph Marty steht ein ausgezeichnete Kandidat zur Verfügung. Marty weist als Inhaber einer Baufirma Erfahrung in der Privatwirtschaft auf.

## JETZT HILFT NUR NOCH DIE SVP

## Schluss mit dem rot-grünen Angriff auf das Privateigentum

In den letzten fünf Jahren hat die Stadt Zürich ihre Rechnung stets mit einem Defizit abgeschlossen.

KANTONS RAT  
ROLAND SCHECK  
STADTRATSKANDIDAT SVP  
ZÜRICH 9

Für das aktuelle Jahr 2013 wird ein Defizit von 150 Millionen Franken erwartet und für das nächste Jahr, 2014, ist ein Defizit von 214 Millionen Franken veranschlagt.

Ausserdem geht der Aufgaben- und Finanzplan davon aus, dass in den Jahren 2015 bis 2017 jährliche Defizite zwischen 303 und 441 Millionen Franken anfallen werden.

## Rote Zahlen

Die Stadt Zürich schreibt also über zehn aufeinanderfolgende Jahre nur Defizite! Dies ist umso bemerkenswerter, als innerhalb einer Zeitspanne von zehn Jahren mindestens ein ganzer Konjunkturzyklus enthalten ist. Aber wie auch immer die wirtschaftliche Konjunktur verläuft, die Stadt Zürich ist inzwischen ausserstande, einen ausgeglichenen oder gar positiven Rechnungsabschluss zu erreichen.

In Anbetracht der Schuldenlast wäre dies aber bitter nötig. Per 31.12.2012 ist die Stadt Zürich mit einem Fremdkapital von 9,2 Milliarden Franken belastet. Oder anders gesagt: Jeder Einwohner dieser Stadt, ob Säugling oder Greis, ob Steuer-

zahler oder Sozialhilfeempfänger, ob Schweizer oder Ausländer, schuldet der Stadt Zürich 23 423 Franken.

Die Zahlen der Stadt Zürich sind also genau so rot wie ihre Politik. Das finanzielle Ende ist nur noch eine Frage der Zeit. Ab 2016 ist ein massiver Bilanzfehlbetrag veranschlagt, wobei in der Privatwirtschaft ein Bilanzfehlbetrag den Konkurs bedeuten würde.

Und das Fatale ist, dass die Linken und Grünen, welche dieses finanzielle Debakel angerichtet haben, an sämtlichen Schalthebeln sitzen und diese Finanzen nun eigentlich sanieren müssten.

Es gibt aber weit und breit keinen Plan, wie wieder eine ausgeglichene Rechnung erreicht werden kann, geschweige denn die Schuldenlast abgetragen werden könnte. Und die einzige Partei, welche über die finanzpolitischen Kompetenzen für diese Herkulesaufgabe verfügt – die SVP –, ist weder in der Regierung vertreten noch hat sie im Parlament die ausreichende Stärke, um die notwendigen Mehrheiten zu erreichen.

## Massive Steuererhöhungen

Dies ist die Ausgangslage, an der wir heute stehen. Die Stadt Zürich hat über ihre Verhältnisse gelebt und jetzt ist die Rechnung unterwegs. Davon will Rot-Grün aber nichts wissen. Milch

und Honig sollen weiterfliessen. Der Selbstbedienungs- und Umverteilungssystem muss weiterbrummen. Und so wird kommen, was kommen muss. Rot-Grün wird sich zur Befriedigung der Begehrlichkeiten an das private Eigentum der Bürger machen.

Nur die SVP kann das Steuer  
herumreissen

Gewinnt die SVP nicht die Stadtrats- und Gemeinderatswahlen, wird es innerhalb der kommenden Legislatur massive Steuererhöhungen geben, wobei Erhöhungen im Umfang von 5–10 Prozent zur Sanierung des Finanzhaushalts kaum reichen werden. Innerhalb der kommenden Legislatur wird es ausserdem zu massiven Erhöhungen von Gebühren und Abgaben kommen. Die rot-grünen Pleitiers brauchen Geld. Und das holen sie sich bei den Fleissigen und Tüchtigen.

Dies aber wird zu einer Abwärtsspirale führen, denn das Gewerbe und die guten Steuerzahler reagieren sensibel auf immer höhere Steuern, Gebühren und Abgaben. Irgendwann ist der Punkt erreicht, wo man der Stadt den Rücken kehrt.

Wer arbeitet und etwas Geld zur Seite gelegt hat und später etwas von seinem Ersparnis haben will, ist mehr denn je Zielscheibe rot-grüner Politik. Denn jeder linke Vorstoss wird darauf

abzielen, an mehr Geld zu kommen und den staatlichen Einfluss auszuweiten. Niemand denkt materialistischer und eigennütziger als die Linken, die jedes Problem mit dem Geld der andern lösen wollen. Sie haben sich gemächlich in ihrem Umverteilungssystem eingerichtet und leben bestens auf Kosten der andern. Und dies wollen sie um jeden Preis erhalten. Ihr Ideenreichtum für immer neue staatliche Einkommensquellen, Steuern, Abgaben, Gebühren und Lohnabzüge ist fast grenzenlos. Praktisch jede linke Aktivität geht zulasten des Eigentums der Bürger.

Es gibt nur eine Partei, die jetzt noch helfen kann. Eine Partei hat mit dem finanziellen Debakel nichts zu tun, weil sie nicht in der Regierung ist. Eine Partei hat immer wieder gewarnt und immer gegen die verfehlte Politik von Rot-Grün angekämpft: Die SVP.

Nur die SVP hat den Mut und die Kraft, das Steuer jetzt noch herumzureissen.

Nur die SVP hat den Mut und die Kraft, Korrekturen vorzunehmen und die Finanzen wieder in Ordnung zu bringen und damit das private Eigentum zu schützen.

Wer die Stadt Zürich gern hat und möchte, dass die Stadt Zürich eine lebenswerte Stadt bleibt, hat am 9. Februar 2014 nur eine Option: SVP wählen!